



Finanziert durch das
Programm Erasmus+
der Europäischen Union



**Europa-Gespräche
Institut für Geschichte
Stiftung Universität Hildesheim**

Ian King
Der Brexit und seine Geschichte: Bilanz und Ausblick
04.02.2019

Zum Referenten

1949: Geburt

1972: MA mit Note 1 in Deutscher und Französischer Sprache und Literatur an der University Glasgow, Schottland

1977: PhD über die politische Entwicklung des Publizisten Kurt Tucholsky, Universität Glasgow

1975-1990: Dozent/Seniordozent für Deutsch als Fremdsprache/Deutsche Landeskunde, Sheffield City Polytechnic

1981-1999: Ko-Organisator von Blockseminaren über Europa mit eigenen, deutschen und irischen Kollegen und Studierenden in England und der Bundesrepublik

1990-2002: Seniordozent, dann Reader in Modern German Studies an der Londoner South Bank Universität

2002-2008: Als Teilzeitkraft Dozent an der City University, London, der King's College, London und der Universität Sussex, Brighton

Ab 2007: Deutsch-englischer Übersetzer für die Firmen Language Technology Centre und Alpha

Seit 1992: Journalistisch tätig über britische Politik

Seit 2009: Vorsitzender der Kurt Tucholsky-Gesellschaft, Berlin

Ausgewählte Publikationsliste

1983: (Buch) Kurt Tucholsky als politischer Publizist

1999: (als Mit-Herausgeber). Band 3, Texte 1919 der Tucholsky-Gesamtausgabe

2003: Mit-Herausgeber: Germany and Europe at the end of the 1990s

2005 bis heute: Mit-Herausgeber, anschließend alleiniger Herausgeber aller Tagungsbände der Kurt Tucholsky-Gesellschaft sowie

2015: Herausgeber der Tucholsky-Anthologie "Die Zeit schreit nach Satire", ebenfalls im Auftrag der Kurt Tucholsky-Gesellschaft

Zahlreiche wissenschaftliche Essays über Tucholsky, Carl von Ossietzky, sowie aktuelle deutsche Politik, vor allem Wahlen, in den Journalen German Life and Letters, Debatte und German Politics.

Vorträge in der Bundesrepublik, England, Israel und Norwegen zu diesen Themen, sowie zu Tagungsbänden der Tucholsky-Gesellschaft, Ernst Toller-Gesellschaft, Erich Maria Remarque-Gesellschaft, Erich Mühsam-Gesellschaft und der Kurt Hiller-Gesellschaft sowie der Sektion Nord der Gewerkschaft ver.di

Vortrag

Dieser Vortrag wird den Brexit und die Folgen vor allem aus britischer Sicht behandeln, ich bin ja Brite. Der Schlussteil, "Ausblick" wurde durch die Verzögerungstaktik unserer May-Regierung erschwert, wie sich zeigen wird. Prognosen machen, ist nicht leicht. Aber halten wir eine Tatsache fest: am 23. Juni 2016 haben 17,4 Millionen Briten, 51,9 Prozent, für den Austritt gestimmt und damit an den alten chinesischen Fluch erinnert, der dem Feind galt: Mögest du in interessanten Zeiten leben! Europa erlebt interessante Zeiten.

Zuerst hatten wir die Bankenkrise, dann die Griechenlandkrise, dann die Flüchtlingskrise, bei der Zehntausende unserer Mitmenschen im Mittelmeer ertrunken sind. Außerdem will jetzt ein langjähriges Mitglied dem Klub den Rücken kehren. Dazu kommt Donald Trump, der die Krise in höchsteigener Person verkörpert. Interessante Zeiten! Figaro, der kluge Friseur in den Dramen von Beaumarchais und Opern von Mozart und Rossini, hat's zusammengefasst: Ich versuche, über alles zu lachen, sonst müsste ich darüber weinen.

Sie haben's erraten: Ich trete hier nicht nur als neutraler Wissenschaftler auf, sondern auch als Gegner der Brexit-Entscheidung, habe am Bahnhof meines Südlondoner Stadtteils Zettel für den Verbleib in der EU verteilt. Mit Erfolg: Im Multikulti-Bezirk Lambeth stimmten 78 Prozent gegen Brexit. Ohne Erfolg: Im Lande insgesamt hat's nicht gereicht. Das sollten Sie wissen und gegebenenfalls von meiner Stellungnahme abstrahieren. Tatsachen sind heilig, aber Meinungen sind frei, man muss sie nur voneinander zu trennen verstehen.

Zum besseren Verständnis eine paar Feststellungen vorweg. Erstens: England ist der größte Teil der Insel Britannien und bleibt trotz dem Kanaltunnel von einer Inselmentalität geprägt. (Wir Schotten halten uns für weltoffener.) Zweitens: Europafragen werden bei uns normalerweise als zweitrangig oder instrumentell behandelt, mindestens bis der Brexit unsere Gedanken überschattet hat. Drittens: Britannien war im 19. Jahrhundert eine Weltmacht, ist als Teil der EU eine Mittelmacht und durch den Austritt dabei, in die Dritt- oder Viertklassigkeit abzustiegen. Aber viele Briten haben das noch nicht kapiert. Wenn ich einen Vergleich riskieren darf: sie halten sich noch für Bayern München oder Borussia Dortmund, bieten jedoch die Leistungen von Eintracht Braunschweig. Zu jedem der drei Punkte könnte ich Begründungen liefern: fragen Sie mich später dazu, wenn Sie weitere historische Erklärungen brauchen. Aber ich möchte jetzt zum Brexit-Thema selbst übergehen, denn deswegen sind Sie ja gekommen. Wie kam es überhaupt zur Volksabstimmung von 2016, wer waren die Kontrahenten, warum haben die Brexiteers die Schlacht gewonnen?

Im Januar 2013 kündigte Premierminister David Cameron die Absicht an, über Verbleib in oder Austritt aus der EU eine Volksabstimmung abzuhalten. Seit Margaret Thatchers Bruges-Rede von 1988 hatte es bei unseren Konservativen zunehmenden Widerstand gegen Pläne für eine engere politische und institutionelle Zusammenarbeit gegeben. Für Thatcher war Europa ein Binnenmarkt, sollte sich aber nicht weiter entwickeln. Die Eiserne Lady wurde daraufhin vom eigenen Kabinett kalt abserviert, zum Entsetzen der rechten Nationalisten in der Partei, die ihrem Nachfolger John Major das Leben fast unmöglich machten. Diese EU-Hasser – das Wort "Skeptiker" ist für Brexiter zu milde – waren unter Tony Blair und Gordon Brown zum Kopfschütteln verdammt, denn die Macht einer Opposition innerhalb der Opposition ist begrenzt. Aber als Cameron 2010 an der Spitze einer Koalition mit den Liberaldemokraten an die Macht kam, meldeten sich die rechten Kläffer wieder. Cameron wollte ihr Bellen nicht mehr ertragen, plante also einen grandiosen Sieg bei der Volksabstimmung, um seine innerparteilichen Gegner und die lästige United Kingdom Independence Party zum Schweigen zu bringen. Der Zögling der Eliteschule Eton und Oxford-Absolvent meinte wohl, auf der sonnigen Straßenseite abonniert zu sein. Er täuschte sich, sitzt heute zu Hause und schreibt an seinen gestammelten Werken. Denn Volksabstimmungen sind keine Schachprobleme mit garantiertem Matt in zwei Zügen, sondern ein zweischneidiges Schwert, das sich manchmal gegen den Besitzer kehren kann. Nicht dazugehö-

rige Fragen machen das Rennen, die Presse und das große Geld mischen sich ein, nicht im Interesse der Wahrheit.

Zunächst analysieren wir die Pro-Europäer im Abstimmungskampf. Cameron ließ seinem Finanzminister George Osborne den Vortritt, hielt ihn für ein positives Zugpferd. Irrtum. Dabei hätte ihn eine Szene bei der Eröffnung der Paralympischen Spiele in London warnen müssen. Damals ging bei uns der Witz um: Warum wurde Osborne bei seinem Erscheinen im Olympiastadion von 80.000 Zuschauern ausgepiffen? Antwort: Weil es im Stadion nur 80.000 Plätze gab. Osborne war mit Camerons Segen Vater der Sozialkürzungen im Namen der Austeritätspolitik, war eine umstrittene Figur. Andererseits: Auch der Premier, der Großteil des Kabinetts, die Labour-Opposition, Industrie, Banken und Gewerkschaften standen auf der Remain-Seite, unterstützten den Verbleib in der EU. Sie warnten gegen den Abschwung, den der Brexit auslösen müsste.

Aber diese geballte Remain-Macht bot den Wählern kein positives Europa-Bild. Das auf dem Festland geläufige Argument, der Zusammenschluss habe zum Frieden auf dem Kontinent beigetragen, gilt auf der Insel weniger. "Wir haben zwei Weltkriege gewonnen", heißt es, was die Rolle der damaligen Empire-Staaten, später Sowjetrusslands und zuletzt der USA gegen den deutschen Faschismus unterschlägt. Die letzte Invasion Südenglands geschah 1066, die letzte Schlacht auf britischem Boden 1746. Der Falkland-Krieg 1982 mündete in einen erneuten Sieg: wozu braucht old England die Europäer? Hat Europa uns den Aufschwung beschert, wie in den 50er und Anfang der 60er Jahre in Deutschland geschehen? Pustekuchen, denn wir traten der Gemeinschaft zu Zeiten der Ölpreisschocks der 70er Jahre bei. Die Verspätung war zwar unsere eigene Schuld, aber solche Argumente wurden kaum vorgebracht und gingen im Abstimmungsgetöse unter.

Natürlich ist die EU kein vollkommenes Gebilde, das behaupte ich auch nicht. Sie zeigt manchmal eine bedenkliche neoliberale Schlagseite, begünstigt reiche Landwirte, befasst sich oft mit bürokratischem Kleinkram. Aber die EU und ihre Vorgängerorganisationen sind Institutionen, die sich seit 60 Jahren um unser Leben verdient gemacht haben, was vom engstirnigen Nationalismus nicht gesagt werden kann. Die selbstgefälligen Cameron-Freunde erwähnten diese Tatsache kaum und Labour hielt sich bei der Betonung der durch die EU garantierten Sozial- und Umweltstandards zu sehr zurück. Kurz: Durch Umfragen und eigene Arroganz selbstsicher gemacht, erreichte die Remain-Seite die Herzen nicht. Wie dies durch Lügen zu erreichen war, bewiesen jedoch die Brexiter.

Hier sollte zwischen drei Gruppen von EU-Feinden unterschieden werden, obwohl die Grenzen rechts fließend sind. Erstens Anti-EU-Konservative um Boris Johnson und Michael Gove, die die Mehrheit der Brexiter ausmachten. 60 Prozent der Tory-Wähler von 2015 stimmten trotz aller Empfehlungen von Cameron für den Brexit. Größtenteils ältere Menschen, Nostalgiker für die Tage des britischen Weltreichs, wo die Sonne nie unterging, vermutlich weil der liebe Gott den Engländern in der Dunkelheit misstraute. Die meisten Kolonien waren inzwischen unabhängig geworden. Gut so, meine ich. Viele Konservative sehen aber diesen Sachverhalt anders. Thatchers trotzige Ablehnung der europäischen Kollegen hat sie in diesem Irrglauben an die eigene nationale Größe bestärkt. Wir haben eine besondere Beziehung zu den USA, hieß es rechts weiter - von der die Amerikaner lange vor Trump nichts wissen wollten. Sonst sind wir Tories stolz auf England; schade nur, dass das Land wegen der vielen dort lebenden Europäer den Bach runtergeht. Dass solche "Little Engländer" auch Europäer sind, fällt ihnen nicht ein, denn es stand nicht im *Daily Mail*. Auf zum Kampf gegen Brüssel!

Die zweite Brexiter-Gruppe bestand aus Anhängern der noch weiter rechts angesiedelten United Kingdom Independence Party, mit dem Demagogen Nigel Farage an der Spitze. Für die Kippers war Brexit fast ihr einziger Daseinszweck, Brüssel galt als geldverschwendender Moloch, was ihre Europa-Abgeordneten nicht davon abhielt, ihre Diäten fleißig zu kassieren. UKIP bestand ebenfalls aus Älteren, die aber die Zeiten zurücksehnten, als weniger schwarze und braune Gesichter auf unseren Straßen zu

sehen waren. Rassisten? In vielen Fällen ja, wie wir an der Schlagkraft des Migrations-themas sehen werden. Sie schimpften auf die Westminster-Eliten und merkten nicht, wie ihr Misstrauen von dem Elite-Angehörigen Farage und dem steinreichen Sponsor Arron Banks manipuliert wurde.

Die dritte Gruppe der Brexiter bestand aus ehemaligen Labour-Wählern, vor allem aus Mittel- und Nordengland. Sie fühlten mit Recht, dass London und der reiche Südosten des Landes einen immer größeren Vorsprung vor ihnen genossen, dass in ihren tradi-tionellen Industriezweigen immer mehr Arbeitsplätze verloren gingen, dass Sozialkür-zungen ihre Familien bedrohten. Aber statt die wahren Verursacher dieser Benachtei-ligungen in der konservativen Regierungspolitik zu erkennen, bekamen sie vom *Daily Mail* ein Ersatzziel angeboten: Migranten aus der EU. Denn während sich Gerhard Schröders rotgrüne Koalition beim Zuzug von polnischen Klempnern und ungarischen Bauarbeitern einen siebenjährigen Aufnahmestopp nach der EU-Osterweiterung aus-bedingungen hatte, öffnete die britische Labour-Regierung ihnen Tür und Tor. (Was oft vergessen wird: Labour bot Gemeinden mit plötzlich erhöhter Ausländerzahl finanzielle Hilfen, um Engpässe im Schul- und Gesundheitsbereich auszugleichen. Im Zuge der Austeritätspolitik strichen Cameron und Osborne die Zuschüsse, was die Lage in die-sen Städten natürlich erschwerte.) Übrigens möchte ich klarstellen, dass Britannien seit Jahren nicht genug Facharbeiter ausbildet, so dass wir auch auf Pflegekräfte oder Obstpflücker angewiesen sind. Die allermeisten Migranten aus anderen EU-Ländern sind für Britannien wirtschaftlich gesehen ein absoluter Gewinn und eine menschliche Bereicherung obendrein. Nur: als Deutschlehrer im Ruhestand kann ich das leicht sa-gen. Was ich der Labour-Regierung vorwerfe, ist nicht die Politik der offenen Tür, zu einer international gesinnten Partei gehört auch die Unterstützung der Freizügigkeit. Aber Labour hätte ihre Anhänger auf die sich verändernde Welt besser vorbereiten können, mit lebenslangen Lernmöglichkeiten und besseren Bildungschancen für Arbei-terkinder als vorrangige Ziele. Stattdessen führte Blair Studiengebühren ein und stieß die Leiter weg, die für viele seiner Kollegen den Aufstieg ermöglicht hatte. Noch ein Grund zur Brexit-Entscheidung.

Sie haben bemerkt, dass ich mit dieser dritten Gruppe von Leavers nicht so hart ins Gericht gegangen bin wie mit konservativen Epigonen und UKIP-Rassisten. Ein entlas-sener 50jähriger Stahlarbeiter aus Sheffield hat es schwer, einen gleichwertigen Job zu finden. Zum Kellner umlernen ist nicht jedermanns Sache, auch wenn es von der EU finanzierte Kurse dazu gab. Was in der Großstadt Sheffield schwer fiel, war in ehemaligen Bergarbeiterstädten Nordenglands wegen der früheren industriellen Mo-nokultur unmöglich. In Wigan geht man heute zum Militär oder wird Kleinkrimineller. Dieser Mangel an Chancen erklärt, warum in roten Hochburgen 51 Prozent in Sheffield – eine Halbmillionenstadt mit zwei Universitäten – und 64 Prozent in Wigan sich für Brexit entschieden.

Letzter Punkt über Remainers und Leavers, im Telegrammstil: Jungwähler, Schotten, katholische Nordiren, Londoner und Wähler mit Hochschulbildung stimmten mehrheit-lich für den EU-Verbleib. Ältere, Nord- und Mittelengländer, Menschen ohne Bildungs-privilegien und Boris Johnson befürworteten den Brexit. Natürlich sind das Verallge-meinerungen, es gibt viele Ausnahmen und widersprüchliche Konfliktlinien, das muss betont werden.

Soviel zu den Kontrahenten. Doch mit welchen Mitteln und Argumenten haben sich die Brexiter durchgesetzt? Erstens: Sie gewannen durch Lügen. Seit Jahren waren die Bri-ten in ihrer Presse einer pausenlosen Diät von antieuropäischen Märchen ausgesetzt worden, wobei es etwa um gerade Bananen oder eine Einheitsgröße für Kondome ging. Die meisten erschienen in der *Sun* oder dem *Daily Telegraph*, die entweder Nicht-Europäern wie Rupert Murdoch oder Steuerflüchtlingen wie den Barclay-Brüdern gehören. Ihr Autor hieß oft Boris Johnson. Er hat es sogar geschafft, von der *Times* wegen frei erfundener Zitate gefeuert zu werden, fand jedoch beim *Telegraph* Zuflucht und log weiter. Im Abstimmungskampf trat eine Mehrheit der normalerweise konser-vativen Blätter – mit ca. 70 Prozent der englischen Leserschaft – für den Brexit ein.

Die zur Neutralität verpflichtete BBC musste die Propaganda beider Seiten unkommentiert wiedergeben. Auf Johnsons "battle bus" prangte eine faustdicke Lüge: 350 Millionen Pfund pro Woche als britischer EU-Beitrag. "Das könnten wir besser für die Gesundheitsversorgung Britanniens ausgeben!" Aus zwei Gründen falsch. Brutto- und Nettzahlungen absichtlich verwechselt: Britische Bauern, Regionen und Universitäten bekommen aus dem EU-Haushalt zurück, ein Teil des Thatcher-Rabatts von 1984 gilt noch, die Nettzahlungen pro Woche betragen keine 350, sondern 140 Millionen. Zweitens: Konservative wie Johnson würden das Geld lieber für die Reduzierung der Reichensteuer als für die Volksgesundheit ausgeben. Noch schlimmer war die von rechten Zeitungen kolportierte Türkenlüge. Aus dem Flüchtlingsabkommen zwischen Merkel und Erdogan fabulierten sie, sei die Türkei dabei, der EU beizutreten. Damit würden 76 Millionen Türken bald das Recht bekommen, nach Britannien einzuwandern. Kein Wort wahr: Die Türkei ist seit 1963 dem Beitritt keinen Schritt näher gekommen und nur wenige Türken sehnen sich nach dem Anblick der weißen Klippen von Dover. Aber Johnsons Lügen blieben größtenteils unwidersprochen. Natürlich ist er kein Nazi, kein Kriegstreiber oder Antisemit, sondern nur ein allzu ehrgeiziger Möchtegern-Premier. Aber als Propagandist bleibt er ein gelehriger Goebbels-Schüler: Wenn schon lügen, dann in großem Maßstab.

Ein weiterer Unterschied zur EU-Abstimmung von 1975: damals hatte die Industrie für ein Übergewicht der Remain-Anhänger gesorgt, 2016 nicht mehr. Mit Hilfe von Großspendern wie Arron Banks bekamen die Brexiter Oberwasser. Beide Brexiter-Organisationen, Vote Leave und Leave.EU haben gegen die Finanzierungsgesetze für Wahlen eklatant verstoßen. Vote Leave hat unerlaubt mehr als £600,000 an eine sympathisierende Organisation verschoben und dafür ein saftiges Bußgeld bekommen. Arron Banks' undurchsichtiges Verhalten gibt Anlass zu noch größerem Misstrauen. Er hat auf der Insel Man gewaschene 8 Millionen Pfund an Leave.EU gestiftet und die Herkunft dieser höchsten Spende der politischen Geschichte Britanniens nicht geklärt. Fest steht, dass Wladimir Putin von der Schwächung der EU erfreut und der Versicherungsunternehmer Banks mit russischen Kollegen Geschäfte gemacht hat. Auf jeden Fall schwammen die Brexiter in einem Meer von Schwarzgeld.

Aber diese Vorteile garantierten noch keinen Abstimmungssieg. Im Hintergrund hatten die Brexiter den begabten Propagandisten Dominic Cummings, der den verführerischen Slogan prägte: "Take back control! Vote Leave!" In der globalisierten Welt fühlen sich viele als Einzelne machtlos, suchen nach Schuldigen, um die eigene Lage unter Kontrolle zu bringen. Nur ist kein Mensch eine autonome Insel. Und was für Individuen gilt, ist bei Staaten noch deutlicher zu sehen. 44 Prozent des britischen Außenhandels wird mit den verbliebenen 27 EU-Partnern gemacht, ein Ausstieg aus dem 500-Millionen-Markt birgt für Britannien hohe Risiken.

Allerdings blieb das Cummings-Wort nicht ohne Wirkung, weil sie mit dem Wunsch nach Kontrolle der Migration nach Britannien Hand in Hand ging. David Cameron hatte beim Amtsantritt 2010 versprochen, die Nettzahl der Neuzugänge unter 100.000 zu drücken. Seine übereifrige Innenministerin hat Transporter durch die Londoner Straßen mit der Aufschrift geschickt: "Illegal eingewandert! Raus mit euch!" Das führte zu einer Hetzkampagne in der Rechtspresse gegen alle Migranten, zu Gewalttaten gegen Einwanderer und auch nichtweiße Briten unter dem Schlagwort "eine feindliche Umwelt schaffen", es gab Rechten wie der English Defence League und Britain First Auftrieb. Eine Woche vor der Volksabstimmung wurde die Labour-Abgeordnete Jo Cox von dem Britain First-Anhänger Thomas Mair ermordet. Cox unterstützte den EU-Verbleib, setzte sich für Ausländer in Britannien ein, das wurde ihr zum Todesurteil. Wie hieß die Ministerin, die die feindliche Umwelt propagiert hat? Theresa May. Als Premierministerin hat sie Hunderte karibischer Einwanderer, die in den 50er Jahren den Briten beim Wiederaufbau geholfen haben, aus der neuen Heimat abgeschoben oder ihnen medizinische Hilfe vorenthalten, die ihnen zustand. Diese Behandlung von schwarzen Rentnern, ohne deren Hilfe unsere Transport- und Gesundheitssysteme zu-

sammengebrochen wären, passt haargenau zu Mays Wunsch, fleißige Polen oder Ungarn nach Hause zu schicken.

Hier geht's nicht darum, ob Slogans wie "Take back control!" berechtigt waren – sie waren es nicht! – sondern ob sie im Abstimmungskampf wirksam waren. Das waren sie. Das schlagendste Argument der Brexiter hieß: Kontrolle über die Einwandererzahl herstellen. Die Nachricht, dass sie sich in fünf Jahren auf 330.000 verdreifacht hatte, schlug daher mitten im Abstimmungskampf wie eine Bombe ein. Grenzen dicht, schrie vor allem UKIP-Chef Farage. Ein Foto erschien in englischen Zeitungen, ich lasse es rundgehen. Zunächst sehen wir eine schier endlose Schlange dunkelhäutiger Männer unter der Überschrift "Genug ist genug." Es wird suggeriert, dass alle diese Menschen direkt vor dem Einmarsch nach Britannien seien, denn der Untertitel lautet: "Wir müssen uns von der EU befreien und die Kontrolle über unsere Grenzen zurückbekommen. Verlasst die EU am 23. Juni!" Der unglaublich Druck auf Schulen, Krankenhäuser und Sozialstaat durch Migranten wird erwähnt: dass Einwanderer dafür sorgen, dass die Schulen nicht verdrecken und das einheimische Gesundheitspersonal nicht erschöpft zusammenbrechen, fehlt in der Anzeige. Den Clou habe ich bis zuletzt aufgespart. Das Bild wurde an der serbisch-slowenischen Grenze geknipst, nichts spricht dafür, dass hier irgendeiner nach England will. Wegen unseres Klimas oder unserer Gastronomie? Noch einmal: Dreiste Lügen haben die EU-Volksabstimmung entschieden. Die Briten sind in ihrer großen Mehrheit keine Rassisten, aber der Appell an latente Fremdenfeindlichkeit blieb nicht ohne Wirkung. Was passierte nach der Abstimmung?

Einiges setze ich als bekannt voraus. Camerons sofortigen Rücktritt, Mays klaren Sieg in der konservativen Fraktion, ihre Ernennung von drei Brexit-Anhängern als Verhandlungsteam: Johnson, den bulligen Routinier David Davis und den schon unter Cameron in Ungnade entlassenen Liam Fox. (Inzwischen sind die beiden ersten wieder ausgeschieden.) In ihrer Lancaster House-Rede vom Januar 2017 kündigte May den Austritt aus Binnenmarkt, Zollunion und dem Kompetenzbereich des Europäischen Gerichtshofes an. Vorrang hatte für sie die Eindämmung der EU-Einwanderung. Also Schluss mit Freizügigkeit, auch auf Kosten von britischen Arbeitsplätzen, die vom Binnenmarkthandel abhängen. Die Folgen zeichnen sich ab. Das Pfund sank sofort um 15 Prozent gegenüber dem Euro, kein großer Vertrauensbeweis durch die Finanzmärkte. Zweiter Punkt: Ende März 2017 hat May den Austrittsartikel 50 des EU-Vertrages unterzeichnet und damit die Zweijahresfrist für Verhandlungen und endgültigen Austritt gesetzt. Das war aber ihr letzter Triumph. Denn sie rief trotz absoluter Unterhausmehrheit Neuwahlen aus, büßte dabei 13 Mandate ein und war auf die Unterstützung der nordirischen Democratic Unionists angewiesen. Derart geschwächt, hat sie nicht versucht, die 48 Prozent der verbliebenen EU-Freunde bei Labour, Liberalen, Nationalisten sowie in der eigenen Fraktion ins Boot zu holen (Wir wurden als "Bürger von Nirgendwo" beschimpft!), sondern suchte Schutz bei den rechten Parteifreunden der European Research Group, für die kein Brexit feindlich genug gestaltet werden kann. So ließ sie vor kurzem für Vorbereitungen auf einen "No Deal-Brexit" vier Milliarden Pfund springen, Gesundheitsminister Matt Hancock kauft Tiefkühltruhen in rauen Mengen ein, um importierte Arzneimittel einzulagern. So weit ist's mit uns gekommen! Im Dezember legte May ihr mit der EU geschlossenes Abkommen auf Eis, spielte auf Zeit, wollte ihre Fraktion mit Hilfe einer sonstigen No Deal-Drohung mürbe machen, damit sie für ihren grottenschlechten Deal stimmte – denn damit könnte sie EU-Bürger an unseren Grenzen abweisen. Rechter Populismus und strohdumme Fremdenfeindlichkeit regieren. Jedes Mitleid mit der tänzelnden Träumerin May wäre fehl am Platz.

"Na ja, Ian, von wegen grottenschlecht. Übertreiben Sie dort nicht", höre ich Sie fragen. Immerhin hätte May mit ihrem EU-Kompromiss drei Ziele erreicht: Britanniens fortdauernde Budgetverpflichtungen akzeptiert, den Status der in Britannien lebenden EU-Bürger endlich geregelt sowie die Bedingungen geschaffen, damit die Grenze zwischen Nordirland und der in der EU bleibenden Republik Irland offen bleibt. Das ist schon etwas, ich gebe es zu. Aber jede Form des Austritts birgt die Gefahr, Regelemp-

fänger aus Brüssel zu werden, ohne am grünen Tisch zu sitzen, wo die EU-Entscheidungen getroffen werden. Das gilt sogar für die "Norwegen-Lösung", der Mitgliedschaft in einer Zollunion mit der EU. Aber erneute EFTA-Mitgliedschaft und Norwegen-Lösung – der sanfte Brexit – verschwinden auf Nimmerwiedersehen, weil May als höchste Priorität die Einwanderung verhindern will. Von diesem Vorurteil gegen Fremde hängt alles andere für sie ab. Doch selbst Mays schlechter Kompromiss erwies sich für die eigenen Brexiter als zu mager. 118 Tory-Abgeordnete lehnten das im Unterhaus ab, wollten lieber einen Katastrophen-Austritt riskieren, May erlitt die größte Regierungsniederlage aller Zeiten. Nur König Charles I. erging es dort schlimmer: die Parlamentarier ließen ihn 1649 köpfen.

Was haben in der Zeit die Brexit-Gegner gemacht? Fairerweise muss zugegeben werden, dass sie im Parlament in der Minderheit sind, also auf die Unterstützung durch abtrünnige Konservative angewiesen waren. Vince Cables' Liberaldemokraten wollen am liebsten die Zweitabstimmung, sonst die mildeste Brexit-Form mit einem Anschluss an Binnenmarkt und Zollunion. Aber von 651 Abgeordneten stellen sie ganze 12, fallen kaum ins Gewicht. Die Schottischen Nationalisten haben 35, wollen ebenfalls ein zweites Referendum vor dem Austritt, den immerhin 62 Prozent der Schotten 2016 abgelehnt hatten. Eine Gruppe schottischer Parlamentarier setzte die Frage auf die Tagesordnung, ob die Briten den einmal begonnenen Austrittsprozess unter Artikel 50 des Unionsvertrages aussetzen durften. Der Europäische Gerichtshof entschied: Ja, wir dürfen es. Eine kleine Gruppe von 15-20 Brexitgegnern in der konservativen Fraktion unterstützt das Recht der Parlamentarier, nicht nur der Regierung, an der endgültigen Entscheidung beteiligt zu werden, einige von ihnen treten auch für die zweite Volksabstimmung ein. Aber was war mit Labour als stärkster Oppositionspartei? Die Unterhausfraktion besaß eine Handvoll offener Brexit-Befürworter. Das Gros der Abgeordneten, Mitglieder und Wähler sehen das anders, fürchten einen Tory-Brexit mit Senkung der Unternehmens- und Reichensteuer, Deregulierung der Wirtschaft durch Abbau von gewerkschaftlichen und Umweltschutzrechten. Diese Demontage soll durch Demolierung des Sozialstaats finanziert werden. Bei der Volksabstimmung 2016 hatten etwa zwei Drittel der Labour-Wähler für den EU-Verbleib gestimmt, diese Zahl dürfte nach neuesten Umfragen auf 80 Prozent gestiegen sein. Parteirechte wie mein Wahlkreisvertreter Chuka Umunna, aber auch Linke und junge Mitglieder in Organisationen wie Momentum oder For Future's Sake treten für die Zweitabstimmung ein. Corbyns klügster linker Alliierte, Finanzsprecher John McDonnell, unterstützt die Volksabstimmung und will für den EU-Verbleib stimmen.

Bis Parteichef Corbyn selber kurz vor Weihnachten in einem Interview im *Guardian* das "People's Vote" in Frage stellte. EU-Gesetze würden die Vergesellschaftungs- und Subventionspläne einer Labour-Regierung unmöglich machen, meinte der wirtschaftspolitische Laie. Labour würde Brexit-Anhänger in Nordengland verlieren, erklärte Corbyn weiter; dass sie durch die Unterstützung für Brexit eine viel höhere Zahl von Jungwählern verlieren könnte, will ihm nicht einleuchten. Corbyn hält die EU für einen Kapitalistenklub. Gerade Labours junge Linke wollen lieber den Kampf um mehr soziale Demokratie an der Seite anderer fortschrittlicher Kräfte innerhalb der EU führen. Jetzt fragen Sie, was May und Corbyn von ihrer Positionierung erwarten. Mays Hinhaltenaktik hat einen Hintergedanken. Je näher der Austrittstermin am 29. März rückt, desto mehr Panik hofft sie zu entfachen. Damit will sie die EU-Partner zu weiteren Konzessionen bringen: Das soll wiederum unzufriedene Parteifreunde besänftigen. Gemäßigte sollen vor den Qualen eines No-Deal-Brexit zurückschrecken, Brextremisten eine zweiten Volksabstimmung und eine mögliche Remain-Entscheidung fürchten. Glauben macht selig: aber durch Zaudern wird die britische Verhandlungsposition nicht stärker. Mays Angebot von neuen Gesprächen mit der EU nach der Parlamentsabstimmung vor sechs Tagen in Ehren, es hält ihre Partei zwei Wochen lang zusammen, aber nach den ersten Reaktionen aus Brüssel und Paris fürchte ich: außer Speisen nichts gewesen.

Und warum will sich Corbyn als Mächtegern-Premier auf weitere Verhandlungen versteifen, statt sofort und mit vollem Herzen für eine zweite Volksabstimmung zu trommeln? Abgesehen von seiner schon erwähnten Skepsis gegenüber der EU, hofft er wohl: Lassen wir die Tories Brexit durchsetzen, dann geht alles schief, wir gewinnen die nächste Parlamentswahl und führen in Britannien den Sozialismus ein. Dafür kann das Land im Chaos versinken, ohne Deal schneller, mit Mays schlechtem Deal langsamer. Wie er als Premier gegen Jobverluste und reduziertes Steueraufkommen Vergesellschaftungen durchsetzen oder den Sozialstaat verteidigen will, bleibt schleierhaft. Nicht nur Theresa May scheint hier überfordert. Zwei störrische Alte im gemeinsamen Todestanz: Das wäre lustig, wenn Britannien nicht mitsterben könnte.

Jetzt zum kurzen Schlußteil, "Ausblick". Wie geht es weiter? Auf Anhieb können wir feststellen: Es wird der EU schlecht gehen, sie bekommt eine zusätzliche Krise, denn ihr schon instabiles Gleichgewicht wird durch das Fehlen Britanniens gestört. Zu einem Zeitpunkt, wo der Rechtspopulismus zum Kampf gegen zivilisierte Normen aufruft. Aber es wird Britannien sehr viel schlechter gehen, weil unsere Wirtschaft und der Zusammenhalt unserer Gesellschaft und der vier Landesteile durch den Brexit gefährdet sind. Denn nordirische Katholiken und schottische Nationalisten sind auf dem Sprung in Richtung Trennung von Klein-England.

Weitergehende Prognosen fallen schwerer. Kommt es zum No-Deal-Brexit ohne Übergangsperiode für die Handelsbeziehungen? Das Unterhaus hat letzten Dienstag dagegen gestimmt, aber diese Katastrophe ist nicht auszuschließen. Oder zur Aussetzung des Austrittsartikels 50 – das Unterhaus stimmte am Dienstag leider dagegen – oder zu einer dritten Volksabstimmung nach 1975 und 2016, mit Möglichkeiten eines Remain-Ausgangs? Auch das ist möglich. Oder zu Neuwahlen mit unsicherem Ergebnis? Oder setzt Theresa May nach der krachenden Niederlage vom Januar ihre mit der EU ausgehandelte Kompromisslösung durch? Oder wird sie nach einem zweiten Misserfolg als Premier den Hut nehmen? Ich habe keine alleinseligmachende Antwort parat und bin bei Spekulationen vorsichtig. Sie können aber dann mit Fragen darauf zurückkommen.

Fürs erste biete ich Ihnen meine persönliche Meinung. Die Brexiter setzen im Spielkasino die britische Zukunft auf 32 Schwarz und behaupten, das sei der demokratische Wählerauftrag von 2016 gewesen. Aber damals stand ein No-Deal-Auftrag mit allen Schrecken nicht zur Debatte, sondern Davis und Fox haben von dem leichtesten neuen Handelsabkommen aller Zeiten gefaselt, die beim Brexit-Termin auf unsere Unterschrift warten würde. Inzwischen wissen wir's besser. Außerdem sind seit 2016 zwei weitere Jungwählerjahrgänge hinzugekommen, zigtausende Ältere verstorben. 2016 war eine Momentaufnahme, aber keine Botschaft auf Steinplatten vom Berg Sinai. Kann es demokratisch sein, dass die Zukunft junger Menschen von bereits Toten gefährdet wird? Ich weiß, welche Lösung ich vorziehen würde. Pause beim Austrittsprozess machen, No-Deal vom Tisch wischen, neue Volksabstimmung und für den EU-Verbleib kämpfen. Ich möchte mit einem Zitat des alten Labour-Politikers Denis Healey schließen. "Wenn man im Loch steckt, soll man als erstes aufhören zu graben." Den Brexit sehe ich als riesiges, klafertiefes Loch auf dem britischen und kontinental-europäischen Wege. Wir sind nahe dran, hereinzufallen – aber Umkehren geht gerade noch. Wir leben in interessanten Zeiten. Aber die Hoffnung stirbt zuletzt.